



Mit seiner Rede in Sachsen sorgte Poggenburg für Empörung.

aFD-Politiker gibt Spitzenämter ab

MAGDEBURG Andre Poggenburg, Politiker der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (aFD), gibt seine Spitzenämter ab. Der 42-Jährige werde seinen Chefposten in der Landtagsfraktion und an der Parteispitze in Sachsen-Anhalt räumen, teilte die aFD am Donnerstag mit. Hintergrund dürfe Poggenburgs Rede zum politischen Aschermittwoch sein. Er hatte in Deutschland lebende Türken als „Kümmelhändler“ und „Kamelreiber“ verunglimpft.



Zahlreiche Menschen protestieren in Bilbao. Im ganzen Land gab es Demos.

Spanierinnen treten in den Streik

MADRID Anlässlich des Weltfrauentages ist in Spanien erstmals ein „feministischer Streik“ ausgerufen worden. Landesweit waren am Donnerstag 300 Demonstrationen geplant. Zu dem Arbeitskampf hatten mehrere Gewerkschaften aufgerufen. Die Spanierinnen kämpfen für mehr Frauenrechte und die Gleichstellung von Mann und Frau, sowie gegen machistische Gewalt. „Wenn die Frauen streiken, dann steht die Welt still“, lautete das Motto des Protests.

Blümel sucht Gespräch wegen Video

WIEN Kanzleramtsminister Gernot Blümel (ÖVP) will mit seinem ungarischen Pendant Janos Lazar über dessen umstrittenes Video reden. Das kündigte Blümel am Donnerstag an. Der Fidesz-Politiker hatte einen Clip veröffentlicht, in dem er behauptet, Wien sei durch Zuwanderung schmutzig und unsicher geworden. Man soll zwar angesichts des Wahlkampfs in Ungarn nicht alles auf die Goldwaage legen, sagte Blümel. Aber: „Ich lasse mir meine Heimatstadt nicht schlechtreden.“

Gabriel wird nicht mehr Minister

BERLIN Die SPD-Spitze will die Besetzung ihrer sechs Ministerposten in der großen Koalition in Deutschland heute, Freitag, um 10 Uhr beschließen und der Öffentlichkeit präsentieren. Zunächst wird das Präsidium tagen, dann der Vorstand. Bereits durchgesickert ist, dass der bisherige Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz neuer Finanzminister und Vizekanzler werden soll. Als neuer Außenminister anstelle von Sigmar Gabriel ist Heiko Maas eingeplant. Zudem wird damit gerechnet, dass Katarina Barley das wichtige Arbeits- und Sozialministerium übernehmen soll, die frühere nordrhein-westfälische Forschungsministerin Svenja Schulze das Umweltressort. Als Familienministerin ist die bisherige Bürgermeisterin von Berlin-Neukölln, Franziska Giffey, eingeplant. Die Hamburger SPD will dann am Nachmittag über den künftigen Bürgermeister beraten.

Tauwetter

Cavusoglu in Österreich: Entspannung im Verhältnis mit Türkei setzt sich fort.

WIEN Österreich und die Türkei wollen ihre Probleme vom Tisch bekommen. Das beteuerte zumindest der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu, als er seine österreichische Amtskollegin Karin Kneissl (FPÖ) am Donnerstag in Wien besuchte. Auch die Ministerin erklärte, dass sich die beiden Länder um bessere Beziehungen bemühen. Dieser Prozess laufe auf mehreren Ebenen. Besonders seit sich Österreich auf EU-Ebene für das Ende des Beitrittsprozesses mit Ankara einsetzt, gilt das Verhältnis als angespannt.

EU-Frage ausgeklammert

„Wir möchten genauso behandelt werden wie jedes andere Land auch“, forderte Cavusoglu mit Blick auf den Beitrittsprozess. Das Thema werde populistisch instrumentalisiert. Zwar wisse sein Land um die ungelösten Probleme, meinte der Minister. Doch die Perspektive eines Beitritts zur Europäischen Union bleibe erhalten. „Wir werden sehen, dass wir die Kriterien erfüllen.“ Die EU hat die Verhandlungen de facto auf Eis gelegt. Brüssel kritisiert unter anderem den Mangel an Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten nach dem Putschversuch im Sommer 2016. Das EU-Thema sollte am Donnerstag jedenfalls nicht zum Streitpunkt werden. „Wir haben die EU-Frage ganz bewusst ausgeklammert“, sagte Kneissl.

Mit dem Treffen in Wien setzen die Minister fort, was sie im Jänner bei einem Besuch der neuen Ressortchefin in Istanbul begonnen haben. Damals verkündete Cavusoglu die Wiederaufnahme der österreichischen Grabungen in der antiken Stadt Ephesos. Nun



Das strittige Thema EU-Beitrittsverhandlungen klammerten Kneissl und Cavusoglu bei ihrem Treffen aus.

will die Türkei die Blockade österreichischer Kooperationen mit der Nato teilweise beenden, sagte der Minister. Die Blockade der Zusammenarbeit im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ besteht seit 2016; das Nato-Mitglied Türkei

„Es gibt die Linie von Kurz und es gibt die Linie von Kneissl.“

Hüseyin Cicek
Politologe

reagierte damit auf Österreichs Ruf nach dem Ende der Beitrittsgespräche und Kritik an Präsident Recep Tayyip Erdogan. Nun soll es zumindest im zivilen Bereich keinen Boykott mehr geben. Damit kann Österreichs Vertreter im Brüsseler

Nato-Hauptquartier wieder akkreditiert werden.

„Besuchsdiplomatie“

Mit der Fortsetzung der „Besuchsdiplomatie“ will Kneissl die Wogen weiter glätten. So werde auch der türkische Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci demnächst nach Wien kommen, kündigte die Ministerin an. Im Vorjahr war ihm die Einreise untersagt worden; damals wollte der AKP-Politiker an einer Gedenkveranstaltung zur Niederschlagung des Putsches teilnehmen.

Der Vorarlberger Politologe Hüseyin Cicek ortet im Verhältnis zwischen Österreich und der Türkei zwei Linien. „Es gibt die Linie von Kanzler Sebastian Kurz und es gibt die Linie von Außenministerin Karin Kneissl“, sagt der Experte. Wäh-

rend Kurz (ÖVP) betont habe, dass die Türkei nicht Teil des europäischen Kulturkreises sei, und es zwar eine privilegierte Partnerschaft, aber niemals einen EU-Beitritt geben könne, habe Kneissl einen differenzierteren Zugang. Ähnlich gehe im übrigen auch Ankara vor, sagt der wissenschaftliche Mitarbeiter im Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa. „Staatspräsident Erdogan wirft dem Westen mit Blick auf den Putschversuch und die Situation in Syrien nach wie vor doppelte Standards vor. Minister Cavusoglu zeigt hingegen Bemühungen, die Eiszeit zu beenden. Das sieht man an seinen Besuchen in Österreich und zuletzt in Deutschland.“ Cicek nennt die Strategie „Zuckerbrot und Peitsche auf beiden Seiten“. **VN-RAM**

Private Banking

Heute in den VN

Expertenratung, Geld-Gewinn, Tipps für Aktien

FRAGE DES TAGES

Soll es an den Neuen Mittelschulen nur noch ein fünfstufiges Notensystem geben?

Ja 83%
Nein 17%

1381 Teilnehmer

HEUTIGE FRAGE Soll Vorarlberg alles dafür tun, um die Kinder- und Jugendkologie im Land zu behalten?

Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf fragedestages.vol.at

INHALT

Wohin	F1-6
Leserbriefe	D5
Kino	F6
Chronik	B4
Notdienste	F3
Todesanzeigen	B4-7
TV-Programm	B8
Impressum	D3
Leserservice	D4
Sudoku	C9
Kreuzworträtsel	D4

Trump macht bei Zöllen ernst

USA verhängen Zölle: 25 Prozent auf Stahl und zehn Prozent auf Aluminium.

WASHINGTON Nun ist es amtlich, der Handelskrieg rückt einen großen Schritt näher: Die USA verhängen weltweite Einfuhrzölle auf Stahl in Höhe von 25 Prozent und auf Aluminium in Höhe von zehn Prozent. Nur die Nachbarn Mexiko und Kanada sind zunächst nicht betroffen, wie US-Präsident Donald Trump am Donnerstag in Washington bekannt gab. Nach einer Rede im Oval Office unterzeichnete er ein entsprechendes Dekret. „Wir müssen unsere Stahl- und Aluminiumindustrie ausbauen und schützen“, begründete Trump die umstrittene Maßnahme in einer Rede, umringt von Stahlarbeitern in Montur.

Der Präsident beilegte sich aber auch, die Strafmaßnahmen zu relativieren. „Wir wollen nur Fairness“,

betonte er mit Blick auf das Handelsbilanzdefizit. Die Zölle würden erst in 15 Tagen in Kraft treten. Außerdem würden sich die USA flexibel gegenüber befreundeten Staaten zeigen. Die Zollerleichterungen würden zudem im Lichte der militärischen Beziehungen zu den einzelnen Ländern bewertet. Mit den Strafzöllen setzt sich Trump über die Drohungen der EU und Chinas sowie die vielfachen Warnungen vor einem Handels-

krieg hinweg. Die EU hat bereits Vergeltung in Aussicht gestellt. Eine vorläufige Liste der EU-Kommission enthält 200 Waren, darunter Whiskey und Erdnussbutter. Trumps Schritt war auf erhebliche Kritik gestoßen. Noch am Tag vor der Unterzeichnung hatten sich 107 Abgeordnete von Trumps eigener Partei gegen die Maßnahmen gewandt. Manager und Politiker befürchten, dass teurere Stahl- und Aluminiumpreise sowie Vergeltungsmaßnahmen aus dem Ausland höheren Schaden verursachen könnten, als die Zölle gutmachen.

Nach Trumps Rede kündigte der republikanische Senator Jeff Flake an, ein Gesetz zur Aufhebung in der Parlamentskammer einbringen zu wollen. Auch der republikanische Präsident des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, ging auf Konfrontationskurs. Er lehne pauschale Strafzölle ab. Stattdessen sollte es zielgerichtete Aktionen gegen das Stahldumping aus China geben.



US-Präsident Trump, umringt von Stahlarbeitern im Oval Office.

Kurz empfängt Hasler in Wien

WIEN Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hat am Donnerstag den liechtensteinischen Regierungschef Adrian Hasler zu einem Arbeitsgespräch in Wien getroffen. Dabei lobte der Kanzler die „sehr gute Kooperation“ zwischen Österreich und Liechtenstein und hob insbesondere die Bereiche Wirtschaft, Kultur und Bildung, Soziales, Justiz sowie Außen- und Sicherheitspolitik hervor. Zwischen den Ländern gebe es enge wirtschaftliche und soziale Verflechtungen; so sei Österreich der drittgrößte Handelspartner Liechtensteins. Das Fürstentum verzeichne rund 8000 österreichische Tagespendler.

Themen des Treffens von Kurz und Hasler waren außerdem die österreichische Kandidatur für den UN-Menschenrechtsrat sowie die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018. Ebenfalls zur Sprache kam der laufende Steuerdialog der Europäischen Union mit Liechtenstein.